

A.Z.: E/3 - 55/P 5 Perl ...
Tgb.Nr. 269/89 Mo/He

Flurbereinigung

Gemeinde Perl

Ortsteile P e r l
O b e r p e r l
S e h n d o r f

Landkreis

Merzig-Wadern.

I. FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSS

1. Anordnung der Flurbereinigung

Aufgrund des § 4 in Verbindung mit § 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), wird die Flurbereinigung von

Perl-Oberperl-Sehndorf

angeordnet.

2. Flurbereinigungsgebiet

Das Flurbereinigungsgebiet wird wie folgt festgestellt:

Gemarkung Perl

Flur 1: alle Flurstücke

Flur 2: alle Flurstücke einschließlich Ortslage, mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten:

1. In den Baugebieten:

- a) "Im Renntriesch"
Flurstücke: 356/1, 400/1 bis 400/57, 400/61 bis 400/74;
- b) "Saarburger Straße und Hubert-von-Nell-Straße"
Flurstücke: 4886/581, 581/14 bis 581/119, 581/126, 581/127, 581/128, 581/134, 581/137, 581/150 bis 581/160, 581/166 bis 581/185, 646/5, 646/6, 647/2;
- c) "Zwischen Bahnhofstraße und Apacher Straße"
Flurstücke: 794/1, 794/10, 794/12, 798/21 bis 798/98, 798/100 bis 798/104;
- d) "Hammelsberg"
Flurstücke: 4231/840, 850/1 bis 852/6, 852/8;

2. Entlang des Moselufers:

Flurstücke: 1428/32 bis 1428/36, 1430/6;

Flur 3: alle Flurstücke einschließlich Ortslage, mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Flurstücke in dem Baugebiet "Hammelsberg"

Flurstücke: 1728/26 bis 1732/14, 1740/3, 1740/5 bis 1767/9, 1771/8 bis 1771/56, 1790/1 bis 1790/23, 1790/25, 1790/26, 1796/4;

Gemarkung Oberperl

Flur 1: alle Flurstücke

Flur 3: alle Flurstücke einschließlich Ortslage, mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Flurstücke in dem Baugebiet "Im Gewännchen"

Flurstücke: 120/4 bis 120/10, 326/3, 465/2 bis 465/24, 465/26;

Gemarkung Sehndorf

Flur 1: alle Flurstücke einschließlich Ortslage, mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Flurstücke in dem Baugebiet "Kirschenberg"

Flurstücke: 138/1 bis 138/20

Flur 2: alle Flurstücke

Gemarkung Borg

Flur 22: alle Flurstücke

Das Flurbereinigungsgebiet ist auf den vom Bodenwirtschaftsamt Saarbrücken gefertigten Gebietskarten mit dem Maßstab 1 : 2000 bzw. 1 : 5000, die als Anlagen zu diesem Beschluß genommen sind, dargestellt.

3. Name und Sitz der Teilnehmergeinschaft

Die Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke sowie die den Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten bilden gemäß § 16 FlurbG die Teilnehmergeinschaft. Sie entsteht mit dem Flurbereinigungsbeschluß und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie führt den Namen:

"Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung von
Perl-Oberperl-Sehndorf"

Ihr Sitz ist in Perl, Ortsteil Perl, Landkreis Merzig-Wadern. Sie untersteht der Aufsicht des Bodenwirtschaftsamtes Saarbrücken.

4. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, sind innerhalb von drei Monaten nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Bodenwirtschaftsamt in Saarbrücken, Auf der Werth 1 - 3, anzumelden. Auf Verlangen der Flurbereinigungsbehörde hat der Anmeldende sein Recht innerhalb einer von der Behörde zu setzenden Frist nachzuweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird der Anmeldende nicht mehr beteiligt.

Werden Rechte erst nach Ablauf dieser Fristen angemeldet oder nachgewiesen, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist (§ 14 FlurbG).

5. Zeitweilige Einschränkung des Eigentums

5.1 Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes gelten folgenden Einschränkungen (§ 34 FlurbG):

- a) In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören.
- b) Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
- c) Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden.

5.2 Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Ausführungsanordnung bedürfen Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen, der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde; die Zustimmung darf nur im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde erteilt werden (§ 85 Nr. 5 FlurbG).

5.3 Das gleiche Verfahren gilt für die Erstaufforstung von Flächen, die aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden sind oder ausscheiden sollen.

5.4 Sind entgegen den Vorschriften zu Ziffer 5.1 a) und b) sowie 5.3 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß §§ 34 und 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen den Vorschriften zu 5.1 c) vorgenommen worden, so muß die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen auf Kosten des Veranlassers vornehmen lassen.

Sind Holzeinschläge entgegen der Vorschrift zu 5.2 vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, daß derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Zu widerhandlungen gegen die nach 5.1 b) und c) sowie 5.2 getroffenen Anordnungen sind gemäß § 154 Abs. 1 FlurbG ordnungswidrig. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu tausend Deutsche Mark geahndet werden.

Im übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.05.1988 (BGBl. I S. 606) entsprechend.

6. Auslegung des Beschlusses

Ein Abdruck dieses Beschlusses mit Begründung und die Gebietskarte im Maßstab 1 : 5000 liegen zur Einsichtnahme für die Beteiligten zwei Wochen lang nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses bei dem Bürgermeister in Perl und den Ortsvorstehern in Perl, Oberperl, Sehndorf und Borg aus.

Bei dem Bürgermeister in Perl liegt zusätzlich die Gebietskarte im Maßstab 1 : 2000 zur Einsichtnahme für die Beteiligten aus. Dieser Karte können die offiziellen Bezeichnungen der Grundstücke (Gemarkung, Flur, Flurstücks-Nummer) entnommen werden.

7. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Flurbereinigungsbeschluß kann binnen eines Monats nach dem Tag seiner öffentlichen Bekanntmachung Klage beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz - Senat für Flurbereinigung - Deinhardplatz 4, 5400 Koblenz, schriftlich erhoben werden (§§ 138, und 140 FlurbG, §§ 68 Abs. 1 Nr. 1 und 74 Abs. 1 Satz 2 VwGO).

Die Klage muß spätestens am letzten Tag der Frist beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz - Senat für Flurbereinigung - eingehen. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages. Falls die Frist durch das Verschulden eines Vertreters oder Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so wird dessen Verschulden dem Kläger selbst zugerechnet (§ 134 Abs. 4 FlurbG).

Die Klage ist gegen den Minister für Wirtschaft, Hardenbergstraße 8, 6600 Saarbrücken, zu richten.

Die Anfechtungsklage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Die Klage und die weiteren Schriftsätze sollen in dreifacher Ausfertigung eingereicht werden.

II. ANORDNUNG DER SOFORTIGEN VOLLZIEHUNG

Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21.01.1960 (BGBl. I S. 17) wird die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses angeordnet mit der Folge, daß die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat.

III. HINWEISE ZUM FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSS

1. Das Flurbereinigungsverfahren soll in ein Verfahren nach Maßgabe der §§ 87 bis 89 FlurbG umgestellt werden, wenn das Planfeststellungsverfahren für die Bundesautobahn A 8 im Flurbereinigungsgebiet eingeleitet ist und die übrigen Voraussetzungen zur Anordnung eines solchen Verfahrens vorliegen.

2. Aufforderung zur Grundbuchberichtigung

Die Angaben über Rechtsverhältnisse an den Grundstücken erhebt das Bodenwirtschaftsamt aus dem Grundbuch. Um Nachteile zu vermeiden, wird den Grundbesitzern dringend empfohlen, die Eintragungen im Grundbuch zu überprüfen und erforderliche Berichtigungen zu beantragen.

3. Betreten der Grundstücke

Die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde sind berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen (§ 35 Abs. 1 FlurbG).

IV. BEGRÜNDUNG DES FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSSES

Die Anordnung der Flurbereinigung für das festgestellte Gebiet ist zulässig und gerechtfertigt, weil die Voraussetzungen hierfür gegeben sind und die Flurbereinigung auch erforderlich ist.

Im Flurbereinigungsgebiet besteht ein zersplitterter und unwirtschaftlich geformter Grundbesitz, der nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengelegt, nach Lage, Form und Größe zweckmäßig gestaltet und durch andere landeskulturelle Maßnahmen verbessert werden kann.

Das im Flurbereinigungsgebiet vorhandene Wirtschaftswegenetz ist unzumänglich und unzureichend. In vielen Fällen handelt es sich zudem um Anlieger- und Anwandwege ohne gesicherte rechtliche Grundlage.

In Teilen des Verfahrensgebietes sind auch die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse regelungsbedürftig. Schließlich sind unklare Grenz- und Eigentumsverhältnisse im Flurbereinigungsgebiet zu ordnen und zu regeln.

Durch die Maßnahmen der Flurbereinigung werden die land- und forstwirtschaftlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen verbessert sowie die allgemeine Landeskultur und die Landentwicklung gefördert, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten und den Interessen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert.

Zu diesem Zwecke wird die Feldmark neu eingeteilt. Zersplitterte oder unwirtschaftlich geformter Grundbesitz wird nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengelegt und nach Lage, Form und Größe zweckmäßig gestaltet. Wege und andere gemeinschaftliche Anlagen werden geschaffen, bodenschützende und landschaftsgestaltende Maßnahmen werden vorgenommen und alle sonstigen Maßnahmen werden getroffen, durch welche die Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe verbessert, der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert werden.

Neben der landwirtschaftlichen Bodenordnung sollen nach Möglichkeit die verschiedenen Ansprüche an Grund und Boden, die einer Abstimmung und Berücksichtigung bedürfen, geregelt werden. U. a. wird insbesondere den Erfordernissen der Raumordnung, der Landesplanung und einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, der Erholung und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes Rechnung getragen. Im Flurbereinigungsverfahren können auch Maßnahmen der Dorferneuerung durchgeführt werden.

Die Flur 22 der Gemarkung Borg wurde einbezogen, um eine zweckmäßige Anbindung des neu zu schaffenden Wegenetzes an das Wegenetz des benachbarten, bereits abgeschlossenen Verfahrens Oberleuken-Borg sicherzustellen und eine lückenlose Erneuerung des amtlichen Liegenschaftskatasters zu gewährleisten. Das Flurbereinigungsgebiet wurde im übrigen so begrenzt, daß der Verfahrenszweck möglichst vollkommen erreicht wird.

Die Voraussetzungen für die Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens sind daher gegeben.

Die voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer sind in einer Versammlung am 30.03.1987 in Perl über das geplante Flurbereinigungsverfahren einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten eingehend aufgeklärt worden. Begründete Einwendungen gegen die Durchführung der Flurbereinigung wurden in der Aufklärungsversammlung nicht erhoben.

Die nach § 5 Abs. 2 FlurbG zu hörenden amtlichen Stellen haben der Durchführung der Flurbereinigung zugestimmt oder keine Bedenken vorgebracht. Ebenso hat die zuständige Forstaufsichtsbehörde gemäß § 85 Nr. 2 FlurbG zugestimmt.

Danach waren gemäß § 4 FlurbG die Flurbereinigung anzuordnen und das Flurbereinigungsgebiet in den aus dem entscheidenden Teil dieses Beschlusses ersichtlichen Grenzen festzustellen sowie Name und Sitz der Teilnehmergeinschaft festzusetzen.

V. BEGRÜNDUNG DER ANORDNUNG DER SOFORTIGEN VOLLZIEHUNG DES FLURBEREINIGUNGSBESCHLUSSES

1. An der Anordnung der sofortigen Vollziehung besteht ein öffentliches Interesse. Das Flurbereinigungsgebiet liegt in einer wirtschaftlich schwachen Region. Die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie ist wegen der fehlenden Infrastruktur mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Besitzzersplitterung, die unwirtschaftliche Form der Grundstücke und die mangelnde Zuwegung stellen die Rentabilität der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung in Frage, so daß zunehmend auch die Landwirtschaft von einer "sozialen Erosion" betroffen wird. Die Abwanderung aktiver, leistungsfähiger Bevölkerungsteile der Region soll durch eine möglichst schnelle Verbesserung der Agrarstruktur und der Förderung von Teilen der Infrastruktur in der Flurbereinigung zum Stillstand gebracht werden.
2. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses liegt auch im überwiegenden Interesse der am Flurbereinigungsverfahren beteiligten bäuerlichen Familien. Der Saarländische Winzerverband hat in seinem Schreiben vom 20.10.1986 zutreffend darauf hingewiesen, daß unter den gegebenen Verhältnissen nur durch eine Flurbereinigung die Existenz vieler junger Familien gesichert werden könne.

Demgegenüber müßte die Zulassung der aufschiebenden Wirkung der Klage unbillig erscheinen, da sie nach der Überzeugung der erlassenden Behörde mit erheblicher Wahrscheinlichkeit erfolglos bleiben würde.

Im Auftrag

Monz

